

Griechenland und der Aufbau Ost ab 1990 – eine vergleichende Analyse

Berlin, 10. Dezember 2012

Dr. Werner Becker

Frankfurt School of Finance and Management

Überblick und Ziele

Immense Schulden-, Wettbewerbs- und Strukturprobleme Griechenlands legen Vergleich mit ehemaliger DDR 1990 nahe

- ⇒ EU-Task-Force-Chef Reichenbach zweifelt an Ergiebigkeit eines Vergleichs mit Griechenlands, da DDR keinerlei marktwirtschaftliche Strukturen hatte.
- ⇒ Dennoch Vergleich zweckmäßig, da auch Griechenland immense Strukturprobleme hat. Gibt es Parallelen? Welche Erfahrungen aus der ehemaligen DDR ab 1990 könnten heute für Griechenland hilfreich sein?
- ⇒ Probleme der Schaffung leistungsfähiger Strukturen in Staat und Wirtschaft teilweise ähnlich gelagert wie in der ehemaligen DDR 1990.
- ⇒ Ziel: Umsetzung der mit Troika vereinbarten Strukturreformen. Erkenntnis: „State building“ vielfach notwendig, da Griechenland in punkto „good goverance“ und Wettbewerbsfähigkeit nicht „ligareif“ in EWU.
- ⇒ Kategorial sind sieben Politikfelder zu vergleichen: (I.) Ordnungsrahmen und -politik, (II.) Geldpolitik, (III.) Finanzpolitik, (IV.) Staatsschuldenpolitik, (V.) Bankenpolitik, (VI.) Lohnpolitik und (VII.) Technische Hilfen (= bunter Strauss meist strukturpolitischer Maßnahmen).



I. Ordnungsrahmen und -politik

Griechenland ist in Weltwirtschaft eingebunden und hat mit Binnenmarkt 1993 und Währungsunion 2001 den Grundsatz einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ akzeptiert, aber vielfach nicht gelebt: z.B.

- Hohe Staatsausgabenquote (2009: 53%); lähmende Bürokratiekosten
- Rigiditäten/Wettbewerbsbeschränkungen in vielen Bereichen (von Taxilizenzen bis zu physischen Kontrollen bei 90% der Exporte)
- Bis 2010 kaum Strukturreformen, um Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Ehem. DDR war zentrale Planwirtschaft mit starker Integration im Comecon, aber geringer Einbindung in Weltwirtschaft. Sie wurde ab 1990 mit Übernahme der Sozialen Marktwirtschaft der alten Bundesrepublik und der Einführung der D-Mark sofort dem internationalen Wettbewerb voll ausgesetzt.



I. Ordnungsrahmen und -politik

1. Parallelität: Schaffung marktwirtschaftliche Strukturen: Griechenland fängt – anders als DDR 1990 – zwar nicht bei null an. Es gibt aber – wie in der DDR ab 1990 – viel marktorientierten Reformbedarf in Staat und Wirtschaft, um das Vertrauen und die Wachstumskräfte zu stärken.

⇒ Reform des Staatsapparates an Haupt und Gliedern notwendig:

neue effizientere Strukturen bei der Zentral- und Kommunalverwaltung, der Steuererhebung, im Renten- und Gesundheitssystem etc.

⇒ Viel Raum für die Stärkung marktwirtschaftlicher Kräfte

□ Privatisierung und Deregulierung, um den privatwirtschaftlichen Korridor zu erweitern und mehr Wettbewerb zuzulassen

□ Reduktion bürokratischer Hürden und Lasten für die Wirtschaft

□ Abbau der Schattenwirtschaft in Griechenland, ca. 25 % des BIP, Tendenz steigend, da BIP weiter rückläufig (Deutschland: ca. 13,5% lt. Prof. Schneider).



I. Ordnungsrahmen und -politik

2. Parallelität Privatisierung: Forcierte Privatisierung

DDR 1990 vs. von Troika verordneter, möglichst rascher Privatisierung in Griechenland, jeweils für etwa 4 Jahre

- Mammutaufgabe Treuhandanstalt 1990: aus 8000 Volkseigenen Betrieben marktfähige Unternehmen machen. THA verwaltete zudem rund 30 000 EH-Geschäfte, Hotels, Gaststätten und Liegenschaften (4 Mio. Beschäftigte=40%). THA bis Ende 1994.
- Mammutaufgabe der 2011 eingerichteten griechischen Treuhandgesellschaft (Hellenic Republic Asset Development Fund); Privatisierung zahlreicher Vermögenswerte bis 2015: Immobilien (z.B. Projektentwicklung ehemaliger Flughafen Athen; 70% in Staatshand!), Staatsbetriebe (z.B. Post, Postbank und Gasgesellschaft) sowie Infrastruktureinrichtungen (z.B. Staatsbahn, Flughafen Athen, Häfen); ca. 25% der Beschäftigten



I. Ordnungsrahmen und -politik

- Umfang der Privatisierung und Akzeptanzprobleme ähnlich
- Es gibt aber auch erhebliche Unterschiede:
 - Griechische Staatsschulden (100% gegenüber Staatsgläubigern) bleiben (vorerst) nach Abzug bescheidener Privatisierungserlöse. Schulden der THA (Kredite, Altkredite) gingen 1995 in Erblastentilgungsfonds über.
 - Troika gibt Erlösziel vor, um Staatsschulden zu drücken: 50 Mrd. € bis 2015, 15 Mrd. € bis Ende 2012. Problem: Zeitdruck und Dauerrezession mindern Erlöschancen. THA: kein Erlösziel. Den Erlösen von ca. 30 Mrd. € standen 1995 Schulden in Höhe von ca. 100 Mrd. € gegenüber.
 - Zielsetzung anders gewichtet: Priorität Ordnungspolitik bei DDR ab 1990 – Schaffung marktfähiger Unternehmen – versus Priorität des staatlichen Einnahmeninteresses in Griechenland (gemäß Auflagen der Troika).
 - Warum nicht auch bei Griechenland ordnungspolitisch argumentieren?



II. Währungsunion und Geldpolitik

3. Parallelität: Griechenland u. ehem. DDR in Währungsunion

- Prima vista überwiegen die Unterschiede: Dt. Währungsunion (mit politischer WK-Fixierung) bewirkte massive Aufwertung für DDR-Betriebe (etwa 300%) und Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, zeitw. forciert durch zügige Lohnangleichung weit über Produktivität hinaus.
- Griechenland erschleicht sich 2001 EWU-Beitritt durch gefälschte Budget- und Schuldendaten. Einstiegs-WK war etwa marktorientiert, aber Griechenland verliert danach an Wettbewerbsfähigkeit wg. mangelnder Strukturreformen und stark steigender Lohnstückkosten.
Niedrige Zinsen treiben Staatsverschuldung und Binnennachfrage. Nach Scheitern der staatsfinanzierten Binnennachfrage braucht Griechenland nun neues – exportbasiertes – Wachstumsmodell.



II. Währungsunion und Geldpolitik

Grundverschieden ist auch geldpolitischer Kurs:

- Bundesbank reagierte ab 1990 mit restriktiver Geldpolitik auf Anstieg der Inflationsrate auf ca. 5% im Vereinigungsboom, was hohe Zinsen für Unternehmen und eine Stabilisierungsrezession in 1993 bewirkte.
- EZB fährt seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 sehr expansiven Kurs. Zinsen für (kreditwürdige) Firmen sind niedrig. Dennoch: in Griechenland investieren mangels Vertrauen weder heimische noch ausländische Unternehmen. Die Liquiditätsfalle (Keynes) lässt grüßen!



II. Währungsunion und Geldpolitik

- Aber Parallelität bei Konsequenzen der Währungsunion in punkto Wettbewerbsfähigkeit:
 - Industriebasis in den neuen Bundesländern bricht nach 1990 weg. Es dauerte viele Jahre, bis international wettbewerbsfähige vorrangig mittelständische Industrien entstanden sind (heute v. a. Auto, Mikroelektronik, Chemie, Optik, Fotovoltaik).
 - Griechenland hat es ab 2001 in der Sonne niedriger Zinsen und erheblicher Mittelzuflüsse aus dem EU-Etat versäumt, seine Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen und Lohnmäßigung zu stärken.

Wirtschaft mit Schwerpunkten Agrar-, Solar- und Werftindustrie und Tourismus wenig diversifiziert und kaum wettbewerbsfähig. Nachhaltige Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (und damit der Schuldendienstfähigkeit) durch Konsolidierung und Reformen in Gang gekommen, braucht aber Zeit.



III. Finanzpolitik: expansiv vs. Konsolidierung

Finanzpolitik durch zwei Unterschiede geprägt

1. Finanzpolitik nach Vereinigung 1990 gesamtdeutsch – Griechische Finanzpolitik formal weiter national, de facto aber stark durch Auflagen der Troika bestimmt.
2. Deutschland fährt bei Vereinigung expansive FP, um Infrastruktur und Kapitalstock in ehemaliger DDR zu modernisieren und Beschäftigungseinbruch abzufedern. Schuldenquote steigt von 41,3% des BIP 1989 auf 60,5% 1997 (inkl. THA-Schulden). Transfers in neue Länder bis 2019 (Solidarpakt II).

Griechenland: konsequente Budgetkonsolidierung im Rahmen von zwei (drei ?) Rettungspaketen absolut notwendig. Defizit von 15,8% des BIP in 2009 auf 9,4% in 2011 reduziert (= 6 ½ %-Punkte). Primärsaldo (ohne Zinsen) fiel sogar von minus 10,6% auf - 2,4% (8,2 %-Punkte = ca.19 Mrd. €). Durch Schuldenschnitt bei privaten Investoren im März 2012 sinkt Staatsschuld (um € 105 Mrd. €) und die Schuldenquote von 165% des BIP (Ende 2011) auf etwa 124% (März 2012); Quote steigt aber wieder bis Ende 2012 wg. schrumpfendem BIP (minus 6,4%) und wg. hohem Budgetdefizit (geschätzt 6,9% bis 9,2% des BIP) auf ca. 180%.

→ Griechenland von einer nachhaltigen Staatsschuldenposition weit entfernt!



IV. Staatsschuldenpolitik: keine Parallele, aber essentiell

Schuldentragfähigkeit ist aber absolute Voraussetzung, um Vertrauen der Investoren zurückzugewinnen. Zwei Probleme:

- Unternehmerische Investitionen sind unkalkulierbar, solange das Damoklesschwert eines Staatsbankrotts und ein unkalkulierbarer Zugriff des Fiskus droht. Der Staat zahlt mangels Geld oft seine Rechnungen nicht!
- Rückkehr Griechenlands an den Kapitalmarkt ist unwahrscheinlich. Land bleibt weiter am Tropf der EWU-Partnerländer und des IWF.

Aber: Die *Schuldentragfähigkeit* ist durch massiven Schuldenschnitt bei öffentlichen Gläubigern im Rahmen des Pariser Club erreichbar (ein Schritt, der allerdings politisch noch nicht gewollt ist, aber kommen muss).

Danach könnten Investoren wieder Vertrauen schöpfen, die Unternehmen würden wieder investieren und Griechenland könnte wieder wachsen.

Nach Phase der Vertrauensbildung könnte Griechenland an Kapitalmärkte zurückkehren und die Euro-Geberländer den Krisenmodus beenden.

Märkte erfahrungsgemäß kein Elefantengedächtnis (s. Argentinien 2001).



V. Neuaufbau Bankensystem vs. Rekapitalisierung

4. Parallelität: Wachstum braucht gesundes Bankensystem

- Ehemalige DDR 1990: Bankengruppen aus dem Westen bauen auf Basis der Währungs-, Wirtschaft- und Sozialunion und Vereinigung ab Jahresmitte 1990 „dreigliedriges“ marktorientiertes Bankensystem auf (mit Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken).
- Griechenland hat weitgehend marktwirtschaftlich arbeitendes Bankensystem. Banken wg. Krise aber nicht (mehr) marktfähig und daher auf die Refinanzierung bei der EZB angewiesen.
 - Kreditversorgung massiv gestört aufgrund von Eigenkapitaleinbußen griechischer Banken wegen des Schuldenschnitts bei griechischen Staatsanleihen mit privaten Gläubigern und hohen Verlusten aus faulen Inlandskrediten (nach kräftigem BIP-Rückgang seit 2009; z.B. 2011: - 6,9%, 2012: - 6,4%, Schätzungen für 2013 minus 3-4,2%).
 - Essentiell ist nun die zügige Umsetzung der Rekapitalisierung der Banken, um Wirtschaft und Wachstum künftig finanzieren zu können. Hoffnung auf Bankensanierung durch neue Hilfsstranche (hierfür insgesamt ca. 50 Mrd. € aus den Hilfsprogrammen für Griechenland verfügbar).



VI. Lohnpolitik schwächt Wettbewerbsfähigkeit

5. Parallelität: Lohnstückkostenanstieg bewirkt hohe Arbeitslosigkeit

- ⇒ Lohnstückkosten in Ostdeutschland von 1990 bis 1992 massiv gestiegen. Auch Gesamtdeutschland hat vereinigungsbedingt an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Deutschland hat aber durch Mix aus Strukturreformen, Lohnmäßigung und Umstrukturierung der Unternehmen seine Wettbewerbsfähigkeit bis 2005 wieder erlangt und ist dann auf Wachstumspfad zurückgekehrt (auch wegen realer Abwertung, da deutschen Inflationsraten von 1999 bis 2006 unter EWU-Schnitt).
- ⇒ Lohnstückkosten in Griechenland von 1999 bis 2009 um über 40% gestiegen (D plus 8%). Dies schwächte Wettbewerbsfähigkeit und ließ Leistungsbilanzdefizit auf Spitzenwert 15% des BIP in 2008 steigen. Aufgrund des Konsolidierungs- und Reformprozesses sinken die Lohnstückkosten seit 2010 und die Exporte steigen. LB-Defizit fällt auf 4,5% des BIP in 2012. Griechenland gewinnt bis Ende 2011 ca. 50% der Wettbewerbsfähigkeit zurück, die es zwischen 2000 und 2009 eingebüßt hatte (Maßstab: Real effective exchange rate gg. 26 EU-Staaten)



Lohnpolitik schwächt Wettbewerbsfähigkeit

Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland lang doppelt so hoch wie in Westen;
Griechenland: AL mit 23% mehr als doppelt so hoch wie im EWU-Schnitt.

- Ehemalige DDR ab 1990: Abfederung der hohen Lohnkosten über substantielle jährliche Transfers (Bund, Länderfinanzausgleich, Sozialsysteme, insgesamt viele Jahre ca. 5-6% des BIP).
- Griechenland: vergleichbare Transferunion durch EWU-Partnerländer existiert nicht, aber neben regulären Mittel aus EU-Strukturfonds geben zwei (drei?) umfangreiche Hilfsprogramme Zeitgewinn für Anpassung.
 - Interne Anpassung in der EWU notwendig (Nominallohnkürzung) und im Gange, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.
 - EWU-Austritt und Anpassung über massive Abwertung eigener Währung (Plädoyer von Prof. Sinn) keine wirkliche Alternative: wg. Kapitalflucht, Rücknahme von Freiheiten im Binnenmarkt (d.h. Beschränkungen im Handels- und Kapitalverkehr zur Stabilisierung der dann wieder maßgeblichen eigenen Zahlungsbilanz), Inflationsrisiken, Währungsumstellungskosten.



VII. Technische Hilfen hoch im Kurs

6. Parallelen bei technischen Hilfen

- Technische Hilfen (TH) dienen meist der Umsetzung von Reformvorgaben der Troika. Ziele: 1. Effizienzsteigerung in Staat und Wirtschaft, um Staatsausgaben zu bremsen, z.B. Einführung wirksamer Budgetrestriktionen und leistungsfähiger IT-Systeme; Abbau administrativer Hürden und Bürokratiekosten; 2. Wachstumsförderung nach vier Jahren Rezession.
- Technische Hilfen = bunter Strauß meist strukturpolitischer Maßnahmen, z. T. mit „state-building“-Charakter! Reform der Verwaltung von Zentralstaat und Kommunen, der Steuererhebung, des Renten- und Gesundheitssystems (z.B. Abschaffung unrechtmäßiger Leistungen), des öffentlichen Beschaffungswesens; Förderung und Verbesserung der Privatisierung.
- Hinzu kommt Wachstumsförderung durch zwei von der EU eingerichteten Garantiefonds: 1.) für Bankkredite an Mittelstandsbetriebe; 2.) die Freigabe von EU-Mitteln für Finanzierung von großen Infrastrukturprojekten durch Absenkung des Eigenanteils Griechenlands auf 5%.



VII. Technische Hilfen hoch im Kurs

- Auch in DDR 1990 wurde Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft vom Aufbau neuer effizienter Strukturen in vielen Bereiche begleitet: z.B. Neuordnung des Renten- und Gesundheitssystem, Aufbau von Landes- und Kommunalverwaltungen, von Finanzämtern; Privatisierung.
- Technische Hilfe für Griechenland wird seit September 2011 durch eine EU-Task Force (Leitung Horst Reichenbach) von EU-Partnerländern geleistet, während für ehem. DDR TH primär aus Westdeutschland kam.
- Eine wichtige Form der technischen Hilfe ist die Übernahme von nationalen Patenschaften für bestimmte Bereiche in Griechenland: So ist z.B. Frankreich federführend bei Expertenhilfen für die Restrukturierung der Zentralverwaltung und für neue IT-Systeme in der Finanzverwaltung; Deutschland hilft federführend beim Aufbau lokaler und regionaler Verwaltungen sowie (zusammen mit 9 weiteren Eurostaaten) beim Aufbau einer leistungsfähigen Steuererhebung.
- Ähnliches gab es in der ehemaligen DDR ab 1990: So haben z.B. viele westdeutsche Kommunen Patenschaften für ostdeutschen Gemeinden beim Aufbau von Kommunalverwaltungen übernommen; westdeutsche Finanzämter haben beim Aufbau der Finanzämter in Ostdeutschland mitgeholfen.



VII. Technische Hilfen hoch im Kurs

Trotz Lichtblicken im 1. Task-Force-Bericht bleiben Probleme

- (Anfängliche) Sorgen um Souveränitätseingriff überwunden. Heute verbindet Griechenland z. T. große Hoffnungen mit freiwilliger TH, die aber nur Hilfe zur Selbsthilfe sein kann und die erst mittelfristig Früchte tragen wird.
- Großes Problem immer noch: Brechen mit den Gewohnheiten des alten Systems. Beispiele: Hebung der Steuermoral (Eliten), Umdenken bei Staatsrolle (als alle versorgender Arbeitgeber), Unverständnis für Deregulierung geschützter Branchen (z.B. Taxilizenz als Altersvorsorge);
- Griechenland ist 2012 im Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International vom 80. Platz (von 183 Staaten) auf einen sehr problematischen 94. Platz abgerutscht und ist etwa gleichauf mit Indien, Senegal und Kolumbien.
- Das Kernproblem der Wachstumsförderung ist ein großer Mangel an Vertrauen der heimischen und internationalen Investoren. Hier kann TH kleine Schritte zur Besserung leisten: z.B. Abbau von Bürokratiehürden und -kosten für investitionswillige Unternehmen; Mobilisierung von brachliegenden EU-Mitteln (ca. 1,5 Mrd.) durch geringeren Eigenanteil, um fertig geplante Infrastrukturprojekte (z.B. Ausbau Autobahnen) umzusetzen. Problem: mangelnde Absorptionsfähigkeit, schon bisher konnten nicht alle Mittel mangels Eigenanteil oder geeigneten Projekten abgerufen werden.



Fazit: Es gibt einige Lichtblicke für Griechenland, aber keine Patentrezepte. Die Überwindung der Krise braucht viel Zeit.

Ein kritischer Kommentar stammt z.B. von dem Wirtschaftsprofessor Peter Bernholz: „Wir sollten zum ehrliehen Staatsbankrott zurückkehren.“ Ganz anders äußerte sich der ehemalige griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou: „Wir befinden uns auf einer Odyssee. Eine Odyssee bedeutet eine Transformation. Diese Transformation, das passiert gerade mit Griechenland.“

Eine Botschaft aus der Transformation der ehemaligen DDR zur Sozialen Marktwirtschaft lautet: Griechenland kann durchaus einige Lehren ziehen. Musterbeispiele sind die Privatisierung und technische Hilfen bei Strukturreformen: von der Kommunalverwaltung bis zur Steuererhebung. Dies alles ist sehr hilfreich, aber – wie wir alle wissen – nur ein wichtiger Schritt in Richtung Problemlösung für Griechenland.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Werner Becker

E-Mail: werner_karl_becker@t-online.de



Anhang

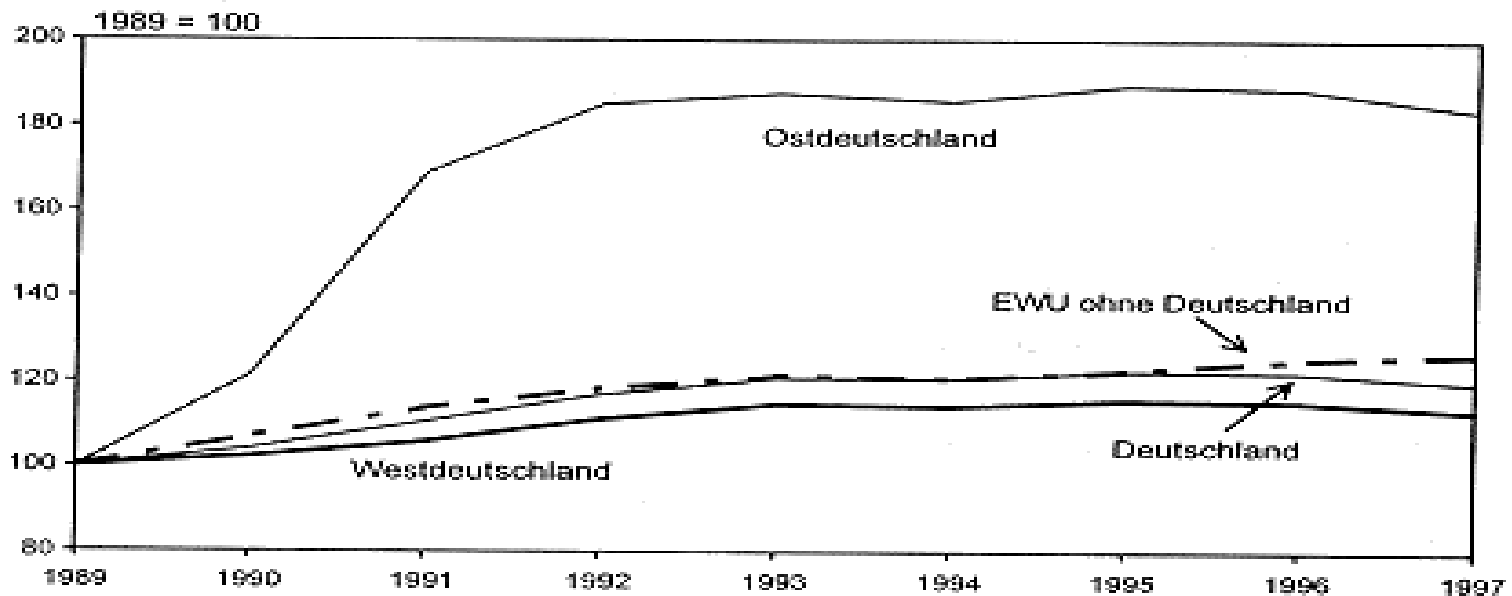
Zusätzliche Folien



Lohnpolitik schwächt Wettbewerbsfähigkeit

Abbildung 16

Lohnstückkosten in Europa in Landeswährung

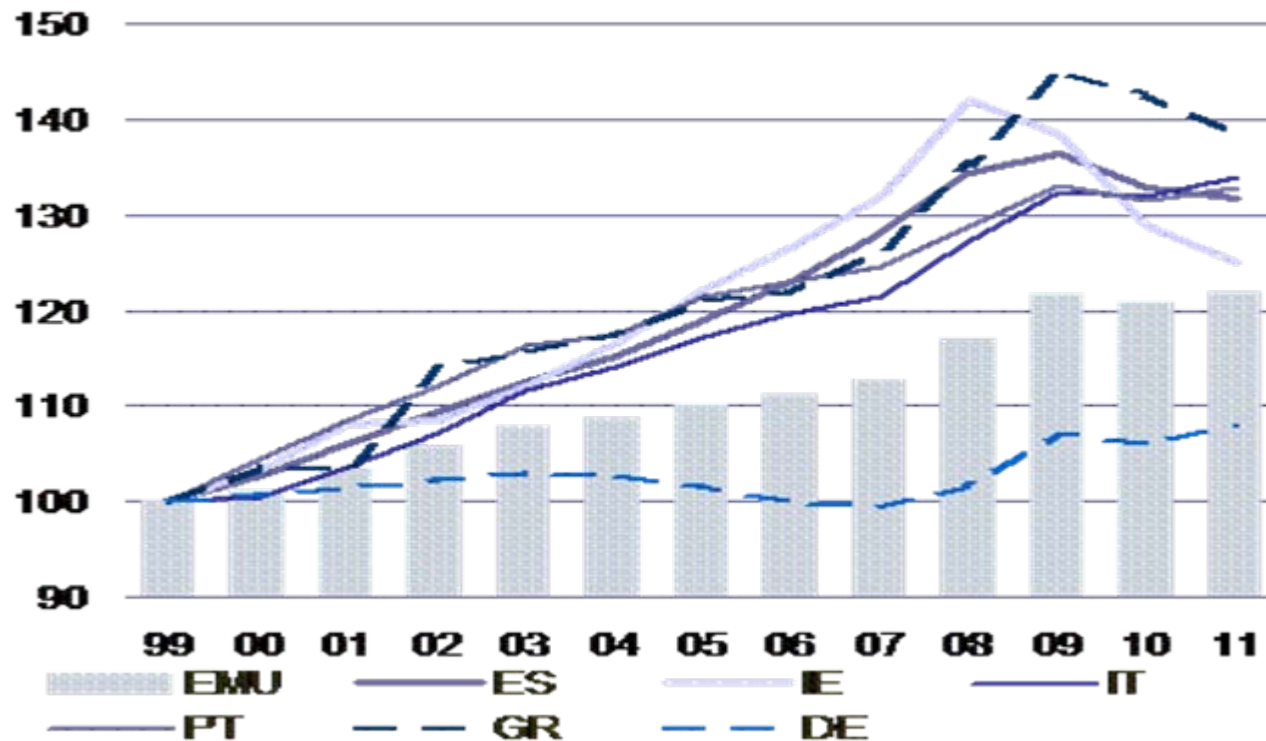


1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt.
Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Lohnpolitik schwächt Wettbewerbsfähigkeit

Unit Labour Costs take-off

Nominal Unit Labour Cost, base year 1999

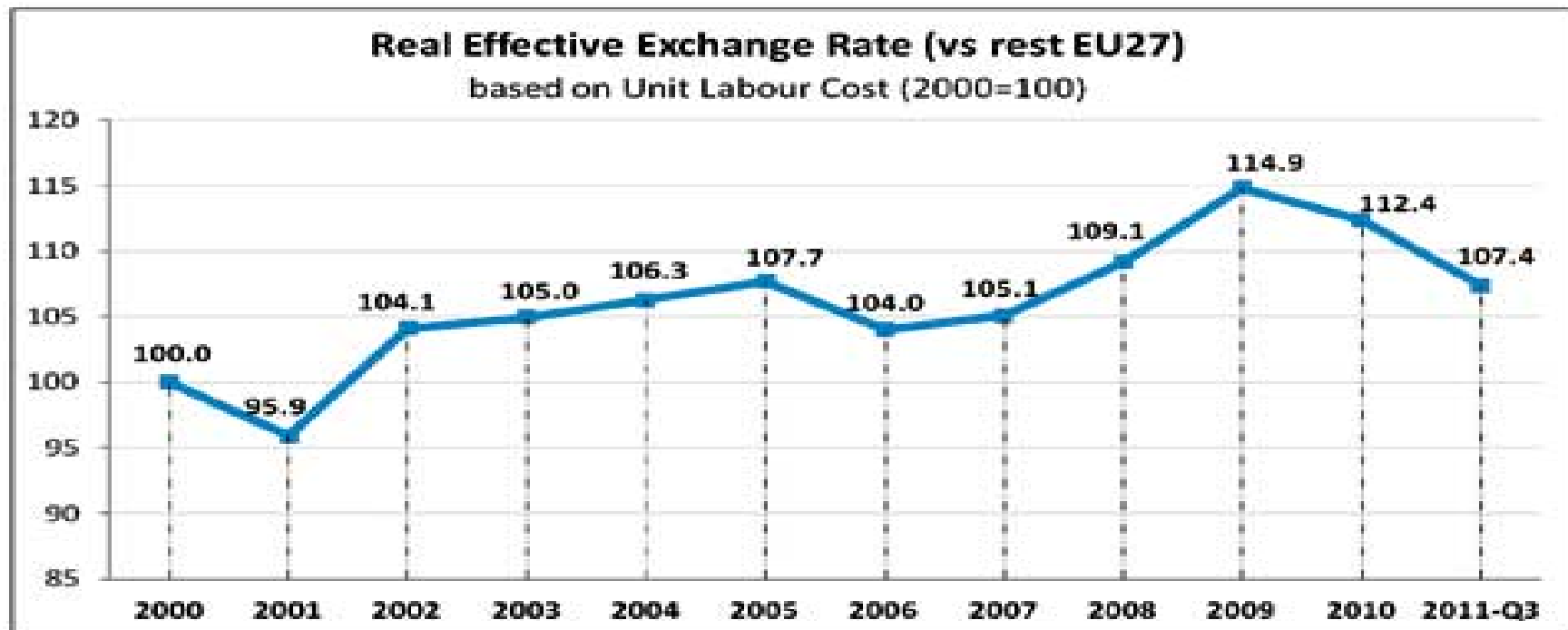


Sources: OECD, European Commission, DB Research

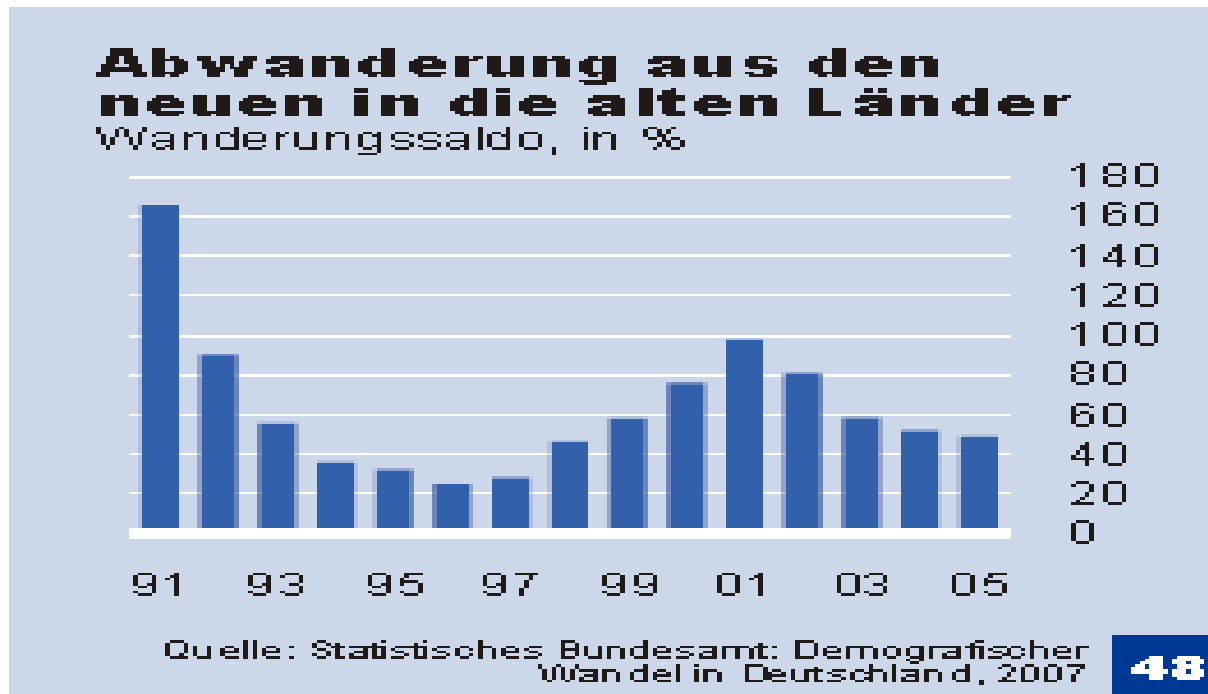


Lohnpolitik schwächt Wettbewerbsfähigkeit

Griechenland gewinnt 50% der Wettbewerbsfähigkeit zurück, die es zwischen 2000 und 2009 eingebüßt hatte. Von 2009 bis 2011 ist der reale effektive Wechselkurs (gg. 26 EU-Handelspartnern) gemessen an den Lohnstückkosten von 114.9 auf 107.4 Indexpunkte gefallen. 2011: Arbeitskosten sinken, Exporte steigen, Importe rückläufig. Dagegen Behauptung Prof. Sinn, dass Arbeitskosten immer noch 30% zu hoch.



Lohnpolitik schwächt Wettbewerbsfähigkeit




Mögliche Parallele: Abwanderung aus Griechenland mangels Perspektiven, ähnlich Abwanderung aus neuen Bundesländern, die sich in Wellenbewegungen vollzog (Wanderungssaldo in 1000). Sprachbarrieren? Allerdings bereits große griechische Gruppen z.B. in den USA, in Australien und in Deutschland.



Aufgaben der Task Force der EU

- Im September 2011 wurde Reichenbach als Leiter Die „Task Force Griechenland“ der Europäischen Kommission wurde im September 2011 nach Athen berufen. Sie umfasst einen 30-köpfiger Krisenstab unter der Leitung von Horst Reichenbach.
- Die Task Force soll technische Hilfen bei Strukturreformen leisten, die die „Troika“ (Europäische Kommission, IWF, EZB) Griechenland vorgeschrieben hat, wie die Verbesserung der Steuereintreibung und der Privatisierung, Reformen der Verwaltung und des Renten- und Gesundheitssystems, die bessere Nutzung elektronischer Kommunikationsdienste beim Staat und in der Privatwirtschaft.
- Auch bei einer besseren Nutzung der Griechenland zustehenden, aber nur unzureichend abgerufenen Fördermilliarden der EU-Strukturfonds soll die Task Force beraten. Ein weiteres Tätigkeitsfeld ist die Vermittlung möglicher Investoren in Griechenland, insbesondere in den Branchen Tourismus, erneuerbare Energiequellen und Agribusiness.



Land	Maßnahmen
<p data-bbox="137 115 363 144">Griechenland</p> 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschleunigung der Privatisierung von Staatsunternehmen und Verwertung des öffentlichen Vermögens • weitere Kürzung der Beamtengehälter • weitere Kürzung von Sozialleistungen • Aufbau nationaler Statistiken • Abbau bürokratischer Hürden, Öffnung geschützter Berufe (Taxi, Apotheken u.v.m) • Schließung von staatlichen Unternehmen <p data-bbox="450 344 716 368">Schuldenschnitt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Um die Pleite Griechenlands abzuwenden, erlassen die privaten Gläubiger (Banken und Versicherungen) dem Staat die Hälfte seiner Schulden (100 Mrd. Euro) oder mehr; dadurch soll der griechische Schuldenstand bis zum Jahr 2020 von 160 auf 120% des BIP verringert werden. • Anleihen von EU-Staaten und EZB behalten ihren Wert, nur private Gläubiger machen Einschnitte; dafür gewährt EU weitere 100 Mrd. Euro bis 2014 <p data-bbox="450 551 1354 575">Diese Maßnahmen sollen bis 2015 30 Mrd. Euro bringen.</p> <p data-bbox="450 586 765 611">Pläne seit 26.10.2011:</p> <ul style="list-style-type: none"> • enge Zusammenarbeit am Strukturprogramm • erleichteter Zugang zu EU-Strukturfondsmitteln <p data-bbox="450 686 691 711">September 2011:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundstückssteuer (2 Mrd. Euro), die über die Stromrechnung eingezogen wird (ab 2012 durch Finanzamt) • erstmals Entlassungen im öffentlichen Dienst (betrifft Beamte nahe Pensionsalter) <p data-bbox="450 811 633 835">Schon 2010:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Benzinsteuer und Heizölsteuer +10% • Alkoholsteuer +10% • Solidaritätsabgabe für 2011, 2012 und 2013 auf das Einkommen • MwSt von 21 auf 23% • Renteneintrittsalter heraufgesetzt, jedoch weiterhin keine einheitliche Regelung <p data-bbox="450 1011 774 1035">Bisheriges Ergebnis:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigende Exporte, sinkende Importe (Januar–September 2011 +42% bzw. -20% ggü. Vorjahreszeitraum, Handelsbilanzdefizit halbiert) • Staatsdefizit deutlich reduziert (von 15 auf rd. 10%) • Arbeitskosten sinken spürbar • aber: Wegen Anpassung der Binnennachfrage schrumpft die Wirtschaft jedoch vorerst weiter.

Task force for Greece Second Quarterly Report
Annex 1: (excerpt) March 2012
State of play of technical assistance projects:

Policy domain and projects	Status	Contributing countries and organisations
Structural Funds:		
Solid waste management facilities in Attica	TA in preparation	BE and other Member States
Budget and taxation:		
Tax administration: – Debt collection; – Audit planning and strategy; – Dispute resolution; – Audit of large corporate taxpayers; – Audit of High Wealth Individuals	TA launched	IMF, AT, BE, BG, DE, DK, EE, ES, FR, IT, NL, PT, SE. Additional countries have volunteered but not been involved up to now
Anti-money laundering (AML)	Preparation advanced	IMF, NL
Public financial management: – Budgeting; – Fiscal reporting; – Expenditure control; – PFM laws, institutions and systems	TA launched	IMF, AT, DE, FR Other MS having indicated availability: BG, EE, FI, SE
Reform of the public administration:		
Structure and rules of the public administration at a central level: – Creation of a permanent inter-ministerial structure; – Assessment of the structure of the public sector; – Assessment performance of civil servants; Creation of horizontal support structures in line-Ministries (HRM, ICT, Internal Control, Audit, Finance, etc)	TA launched	FR DE
Administrative reform at the decentralised, local and regional levels: – Improve the effectiveness of Municipalities and Regions – Design public policy in the field of real estate of Municipality and Regions – Improve capacity of local authorities to utilize the Structural funds – Waste management development (costing, billing)		DE FR